



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Inge Aures, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt, Volkmar Halbleib, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**

Für eine klimafreundliche Verkehrswende und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag strebt eine Verkehrswende hin zur klimafreundlichen Mobilität und einen sozial ausgestalteten Klimaschutz an. Er verpflichtet sich auf die folgenden Ziele und wird Maßnahmen unterstützen, die diesen Zielen dienen:

1. Der Landtag setzt sich die Umstellung auf einen möglichst klimaneutralen und emissionsfreien Verkehr zum Ziel. Als Zwischenschritt zur Umsetzung dieses Ziels muss die Umweltbilanz des Verkehrssektors schrittweise verbessert, also der Energiebedarf systematisch reduziert und der Verkehr auf klimafreundlichere Verkehrsmittel verlagert werden. Der Anteil des Rad- und Fußgängerverkehrs sowie des Öffentlichen Verkehrs muss deutlich gesteigert werden. Der Anteil des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) am Verkehrsaufkommen in Bayern soll bis 2030 deutlich mehr als 30 Prozent betragen. Entsprechend werden die Investitionsfördermittel nach dem Bayerischen Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (BayGVFG) priorisiert. Ebenso muss die Entwicklung emissionsfreier Antriebe vorangetrieben und unterstützt werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass der ÖPNV im ländlichen Raum nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung aufweist, die es zu beheben gilt. Der Landtag fordert daher die Staatsregierung auf, die Gründung und den Ausbau regionaler Verbundsysteme zu unterstützen, indem sie Gemeinden die Aufnahmekosten sowie Verbänden einmalig anfallende Kosten (Verbundstandardisierung der Fahrkartenautomaten, Fahrpläne etc.) zumindest in den Startjahren erstattet. Die Staatsregierung wird aufgefordert, den „Flickenteppich“ einerseits aus Gebieten mit passablen Verkehrsverbänden und andererseits aus solchen, in denen Tarifsysteme und Fahrpläne nicht dem Bedarf entsprechen, zu beenden. Die Staatsregierung soll die Kommunen außerdem bei der Erstellung von Konzepten zur nachhaltigen Mobilitätsentwicklung beraten und finanziell unterstützen.

Auch in den Ballungsräumen muss die Abdeckung durch den ÖPNV verbessert werden. Gerade dort muss auch Überlastung und Ausfällen in Zukunft besser vorgebeugt werden. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, laufende und lange geplante Verkehrsprojekte besonders in den Ballungsräumen München, Nürnberg, Fürth, Erlangen, Augsburg und in den Großstädten Regensburg, Würzburg und Ingolstadt bis 2030 umzusetzen.

Die Staatsregierung soll für die unter diesem Punkt 2 genannten Maßnahmen zusätzlich zu den geplanten Haushaltsmitteln zunächst jährlich mindestens 250 Mio. Euro aus dem Staatshaushalt zur Verfügung stellen.

3. Der Landtag will den Klimaschutz sozialverträglich gestalten. Menschen mit begrenzten finanziellen Mitteln sollen nicht in der Nutzung des ÖPNV eingeschränkt sein. Daher wird der Freistaat aufgefordert, in Abstimmung mit den Kommunen sämtliche Anstrengungen zu unternehmen, um
 - a) ein kostenloses bayerisches Bildungsticket für Auszubildende, Schülerinnen und Schüler sowie Studierende,
 - b) ein kostenloses bayerisches Seniorinnen- bzw. Seniorenticket und
 - c) ein kostenloses bayerisches Sozialticket für Bedürftige einzuführen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Zeitspanne ein für alle Nutzerinnen und Nutzer kostenloser ÖPNV in Bayern erreicht werden könnte.

Um im Sinne einer sozialverträglichen Verkehrswende den ÖPNV in Bayern für bestimmte Zielgruppen, die unter diesem Punkt 3. definiert werden, kostenlos nutzbar zu machen, soll die Staatsregierung im Staatshaushalt zunächst mindestens 250 Mio. Euro pro Jahr dafür einplanen. Mit dieser Summe kann ein erster Beitrag dazu geleistet werden, die Sachaufwandsträger und Verkehrsunternehmen, die vom Ausfall der entsprechenden Ticketzahlungen betroffen sind, zu entlasten.

Zur sozial gerechten Ausgestaltung des Klimaschutzes zählt ferner, sozial und wirtschaftlich benachteiligten Haushalten die Anschaffung von klimateffizienten Haushaltsgrößgeräten zu ermöglichen. Hierzu soll eine Bayerische Klima-Umtauschprämie eingeführt werden. Diese Leistung hilft sowohl den Verbrauchern, Energie und Stromkosten zu sparen, als auch dem Freistaat Bayern, seine Klimabilanz insgesamt zu verbessern. Auch diese Investition dient der Verringerung des Schadstoffausstoßes in Bayern und verhindert so Folgekosten durch Umwelt- und Gesundheitsschäden.

4. Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, eine ehrliche und transparente Klimastatistik vorzulegen. Dazu soll der Freistaat entsprechend der in allen anderen Bundesländern gängigen Praxis ab dem Jahr 2019 Treibhausgasdaten auch nach dem Prinzip der Verursacherbilanz veröffentlichen, nicht mehr nur im Sinne einer Quellenbilanz.

Begründung:

Der Verkehrssektor ist in Bayern einer der Hauptverursacher von klimaschädlichen Treibhausgasen. Wenn der Freistaat Bayern das Klima schützen will und den Klimaschutz als Ziel in die Verfassung aufnimmt, muss er unter anderem eine Verkehrswende weg vom motorisierten Individualverkehr hin zu einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität, die für jeden erschwinglich ist, forcieren. In Zukunft wird der ÖPNV eine immer größere und wichtigere Rolle bei den Verkehrsträgern einnehmen.

Im ländlichen Raum weist der ÖPNV nach wie vor erhebliche Defizite bei Abdeckung und Taktung auf, die es zu beheben gilt. Auch in den Ballungsräumen muss die Abdeckung durch den ÖPNV verbessert werden. Gerade dort muss auch Überlastung und Ausfällen in Zukunft besser vorgebeugt werden.

Mit einem attraktiven Ausbau des ÖPNV kann auch verstopften Straßen und Staus vorgebeugt werden und so ein Verkehrskollaps – gerade in den Ballungsräumen – verhindert werden.

Mittel- und langfristig rechnen sich alle Investitionen in einen flächendeckenden, attraktiven und letztendlich kostenlosen ÖPNV deutlich: Der bayerische Verkehrssektor allein richtet nach Schätzungen einen Schaden von mehr als 6 Mrd. Euro pro Jahr an Folgekosten für Umwelt und Gesundheit an, Tendenz steigend. Eine Wende vom motorisierten Individual- hin zum öffentlichen Nahverkehr mit weniger Schadstoffausstoß rechnet sich für Bayern und für alle Bürgerinnen und Bürger dieses Landes.

Daneben muss Klimaschutz auch gerecht ausgestaltet sein. Insbesondere wirtschaftlich oder sozial benachteiligte Haushalte brauchen staatliche Unterstützung und soziale Förderprogramme, um nachhaltig leben zu können. Sie können davon dann auch profitieren – beispielsweise durch einen niedrigeren Stromverbrauch.